

**6. ordentlicher
Landes-
parteitag
27. Juni 1981
in Köln
Messe
Congress-
Centrum**

**Protokoll
Eröffnungsreden
Wahlergebnisse
Beschllossene
Anträge
Presseecho**

**Verantwortung
für unser Land**

SPD

NRW



Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Nordrhein-Westfalen - Elisabethstr. 3 - 4000 Düsseldorf 1
Redaktion und Zusammenstellung: Bodo Hombach, Landesgeschäftsführer
Druck: Otto Müller - Angermunder Straße 179 - 4100 Duisburg 29 - Telefon (02 03) 76 18 08



Antje Huber, MdB, stellvertretende Landesvorsitzende, eröffnet den Landesparteitag.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

1. Eröffnung und Begrüßung;	3
2. Konstituierung des 6. Ordentlichen Landesparteitages	9
a) Wahl des Präsidiums	
b) Wahl der Mandatsprüfungskommission	
c) Wahl der Zählkommission	
d) Bestätigung der Antragskommission;	
3. Beschlußfassung über	10
a) Tagesordnung	
b) Geschäftsordnung;	
4. Grundsatzreferat: „Sozialdemokraten in der Verantwortung“ Johannes Rau;	12
5. a) Bericht zur organisatorischen Arbeit des Landesverbandes Rainer Maedge,	19
b) Bericht der Kontrollkommission Karl Mirus;	
6. Aussprache zu 4. und 5.;	24
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission;	26
8. Behandlung der Anträge	27
a) zur Satzung des Landesverbandes,	
b) übrige Anträge und Entschließungen;	
9. Wahlen	56
a) des Landesvorsitzenden	
b) der stellvertretenden Landesvorsitzenden	
c) der Beisitzer	
d) der Landeskontrollkommission	
e) eines Mitglieds des Parteirates;	
10. Schlußwort.	57
Presseecho	59

1. Eröffnung und Begrüßung

Eröffnung durch Antje Huber, MdB, stellvertretende SPD-Landesvorsitzende

„Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, ich begrüße Euch alle zum 6. Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Köln.

Wir sind zweifellos in einer Zeit zusammengetreten, in der wir nicht nur mit anderen politischen Gruppen ringen, sondern auch innerhalb unserer Partei uns über Themen auseinandersetzen, die wir unbeschadet des Standpunktes, den der einzelne hat, alle miteinander für wesentlich halten. Die Friedensdiskussion hat neue Dimensionen erfahren und interessiert besonders die jungen Leute. Die Energiediskussion ist nach wie vor kontrovers. Arbeitsplatzprobleme und die Erhaltung einer breiten sozialen Sicherung trotz der sich abzeichnenden Haushaltskürzungen in Bund und Land werden uns beschäftigen, und nicht nur das, sondern auch Wohnungsprobleme, Schulfragen und anderes mehr, wie die Anträge zeigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, mehr als sonst wird heute das ganze Land, werden darüber hinaus auch alle politisch Interessierten in der Bundesrepublik und über die Grenzen hinaus auf uns schauen, auf unsere Beschlüsse, aber auch auf die Art unserer Auseinandersetzung. Deshalb läßt uns deutlich machen, daß wir im

Interesse unserer Bürger uns fair und ehrlich auseinandersetzen und um die notwendigen Entscheidungen ringen, während die Opposition über unsere Schwierigkeiten frohlockt, die doch die Schwierigkeiten von Problemen sind, für die die Opposition Lösungen nicht hat. Die Bürger erwarten heute keine billigen Patentlösungen von uns, sondern redliche Aussagen, mit denen sie etwas anfangen und auf die sie vertrauen können. Nach den Ereignissen der letzten Zeit ist die Verantwortung, die die sozialdemokratische Politik in diesem Lande verkörpert, sicher noch gewachsen. Und dieses Bewußtsein wird unseren Parteitag prägen.

Ich begrüße alle Delegierten und eine Reihe von Gästen und möchte einige namentlich begrüßen.

Es ist unter uns der Oberbürgermeister dieser Stadt, Norbert Burger.

Ich begrüße den Präsidenten des nordrhein-westfälischen Landtags, John van Nes Ziegler, und zahlreiche Abgeordnete aus Bund, Ländern und Europa.

Ich begrüße den stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Hans-Jürgen Wischnewski, und unseren Schatzmeister Fritz Halstenberg sowie mehrere Mitglieder des Parteivorstandes.

Ich begrüße Karl Liedtke als Vorsitzenden des Parteirates und den Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks NRW, Siegfried Bleicher.

Es sind noch eine ganze Reihe von Vertretern der Einzelgewerkschaften unter uns. An ihrer Spitze begrüße ich den 1. Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt.

Es ist mir eine ganz besondere Freude, eine Reihe von ausländischen Gästen

zu begrüßen – aus Israel, Indonesien und Luxemburg. Ich nenne hier den stellvertretenden Vorsitzenden unserer luxemburgischen Genossen, Aly Schroeder.

Ich begrüße die Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Arnsberg und Detmold, zahlreiche Vertreter von Verbänden und uns befreundeten Organisationen, die Absolventen der Parteihochschule der SPÖ in Wien und ich begrüße die Vertreter der Presse.

Liebe Genossinnen und Genossen, wie zu jedem Parteitag ist es uns auch heute eine Ehrenpflicht, derer zu gedenken, die uns in den letzten zwei Jahren verlassen haben. Stellvertretend für alle nenne ich namentlich:

Conrad Ahlers, ehemaliger Sprecher der Bundesregierung, Abgeordneter, Intendant der Deutschen Welle,

Maria Berns, Landtagsabgeordnete in schweren Anfangsjahren,

Luise Albertz, Oberbürgermeisterin von Oberhausen, Mitglied des Parteivorstandes,

Wilhelm Dopatka, Oberbürgermeister von Leverkusen,

Dietrich Keunen, langjähriger Oberbürgermeister in Dortmund, auch Mitglied des Bundestages,

Willy Könen, ehemaliger Bundestagsabgeordneter, langjähriger Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt im Bezirk Niederrhein, Mitglied des Vorstandes im Niederrhein und Unterbezirk Düsseldorf,

Kurt Koblitz, Mitglied des Bundestages, Bezirksvorsitzender der AfA im Bezirk Mittelrhein,

Paul Manowski, Mitglied der IG Metall und Vorkämpfer für unsere gerechte Sache,

Heinz Schmidt, Mitglied des Europäischen Parlaments und Bürgermeister von Brackwede.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, Ihr habt Euch zum Andenken dieser Toten, die viel für uns getan haben, erhoben. Ich danke Euch.

Der 6. Ordentliche Landesparteitag ist eröffnet.“

Im weiteren Verlauf des Landesparteitages galt ein herzlicher Gruß des Präsidiums der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renner, den Vertretern des Diplomatischen Corps und dem neugewählten Bundesvorsitzenden der GdP, Günter Schröder.

Im Rahmen der Zusammenfassung der Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 4. und 5. richtete Johannes Rau herzliche Willkommensgrüße an Anke Brunn.

Grußwort Norbert Burger, Oberbürgermeister der Stadt Köln

„Verehrte Gäste, liebe Genossinnen, liebe Genossen,

als Oberbürgermeister dieser Stadt freue ich mich, Euch heute hier zur Eröffnung des 6. Ordentlichen Landesparteitages der SPD in Nordrhein-Westfalen im neuen Kongreßzentrum der Kölner Messe begrüßen zu können.

Ein Landesparteitag in Köln unterstreicht sicherlich auch die Bedeutung, die die SPD der rheinischen Metropole, die in aller Bescheidenheit die größte, älteste und geschichtsträchtigste Stadt des Landes ist, beimißt.

Eigentlich müßte ich jetzt die Stadt Köln darstellen, hervorheben, anpreisen als die Stadt des Karnevals und des zu Recht berühmten, zu Unrecht berüchtigten Kölner Klüngels, als bedeutenden Wirtschafts- und Handelsplatz, als immer noch eine der bedeutendsten Industriestädte der Bundesrepublik, als Dienstleistungszentrum

von Rang, z.B. mit Hauptsitz von 50 Versicherungsgesellschaften und zahlreichen Verbänden, als Sitz mehrerer Botschaften, Konsulate und Handelsvertretungen, als Standort vieler aus dem internationalen Wirtschaftsleben nicht mehr fortzudenkender Messen, als verkehrsreichsten Eisenbahnknotenpunkt, als Stadt, die in ihren Mauern lebendiges Theater und in ihren Museen ein Schaufenster der Weltkunst mit einer Übersicht über alle Strömungen der europäischen und außereuropäischen Kunst bietet, als Universitätsstadt seit dem Jahre 1388, und nicht zuletzt – und dies sage ich mit besonderem Stolz – als eine Stadt, die bereits sechs Gesamtschulen hat und zwei weitere demnächst einrichten wird.

Wie gesagt, dies alles will ich nicht näher darstellen, sondern ich will von den Hauptsorgen dieser großen Stadt sprechen, die ja auch die Sorgen anderer Großstädte sind.

Problem Nr. 1: Ebenso wie wichtige Städte im Ruhrgebiet haben wir in Köln eine außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. 30.000 Kölner Bürger sind ohne Arbeit; das bedeutet eine Arbeitslosenquote von 7,5%. Zwei Drittel der Arbeitslosen sind ungelernt, allein 9.000 Arbeitslose sind ausländische Arbeitnehmer. Arbeitsamt, Rat, Verwaltung, Gewerkschaften und Kölner Wirtschaft versuchen gemeinsam, der Arbeitslosigkeit vor Ort entgegenzuwirken. Aber realistisch betrachtet sind diese Möglichkeiten nur begrenzt. Bund und Land müssen die notwendigen Rahmenbedingungen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung vor allem durch eine aktive Strukturpolitik und wirksame beschäftigungspolitische Maßnahmen in zukunftsorientierten Bereichen schaffen.

Große Sorgen macht uns auch die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten, auch hier in der Großstadt Köln. Trotz gewaltiger Anstrengungen von Bund, Land und Kommune sind heute wieder 19.000 Wohnungssuchende in der Stadt registriert.

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und vor allem die kommunalen Finanzen sind Sorgen, die die Großstädte bewe-

gen. Sicherlich sind sich alle Parteien dieser Sorge bewußt, jedoch erwarten die Wähler, daß sich vor allem die SPD als die klassische Großstadtpartei dieser Sorgen annimmt.

Gestattet mir deshalb als Oberbürgermeister der größten Stadt des Landes, ohne daß ich Euren Beratungen vorgehen will, einige Anmerkungen speziell zur Wohnungspolitik und zur Lage der städtischen Finanzen zu machen.

Das soziale Grundrecht auf eine angemessene Wohnung in einem lebenswerten Wohnumfeld zu sichern, ist für sozialdemokratische Kommunalpolitiker in den Städten in den nächsten Jahren eine Aufgabe von höchster Priorität. Notwendig sind die Ankerbelung des sozialen Wohnungsbaus, das Eingehen auf neue Formen des Wohnungsbaus, ich nenne Stichworte wie Selbsthilfe und Belegung des Genossenschaftsgedankens, den Kampf gegen die Spekulation bei den Altbauwohnungen, den Kampf gegen die Spekulation mit Grund und Boden. Hier sind die bisherigen Anstrengungen der Landesregierung und des Landes ausdrücklich anzuerkennen: Immerhin konnte im Jahre 1981 trotz finanzieller Engpässe im Landeshaushalt die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungseinheiten erheblich aufgestockt werden. In den Ballungszentren haben wir uns aber auch Hilfe von der Bundesregierung erhofft und leider gilt es heute festzustellen, daß die Beschlüsse des Kabinetts vom 27. Mai für uns Kommunalpolitiker vor Ort enttäuschend sind.

Die vielen Wohnungssuchenden in unseren Städten, die zum größten Teil Wähler der SPD sind und erheblich zu den Wahlerfolgen des letzten Jahres beigetragen haben, erwarten von der SPD einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot in den Ballungszentren. Wir müssen daher nochmals mit Nachdruck ein Sofortprogramm für den Bau von Sozialwohnungen in den Ballungszentren fordern und erwarten, daß die SPD-Bundestagsfraktion diese wichtigste wohnungspolitische Forderung auch in Verhandlungen mit dem Koalitionspartner doch noch durchsetzt.

1. Eröffnung und Begrüßung

Liebe Genossinnen und Genossen, laßt mich ein letztes Wort zu den Finanzen sagen. Gesunde Finanzen sind die Voraussetzung für erfolgreiche Politik in den Städten, das ist eine Binsenweisheit. Die Finanzsituation der Städte ist jedoch außerordentlich prekär. Der Arbeitskreis Steuerschätzung rechnet für 1981 für den Bund noch mit Einnahmesteigerungen von um 3%, für die Länder um 2%, für die Gemeinden wird dagegen ein Rückgang der Steuereinnahmen um 1,5% erwartet. Dies bedeutet, daß wir Leistungen für die Bürger streichen müssen und ab 1983 gar stehen die Städte des Landes mit dem Wegfall von 523 Mio. DM Spitzenausgleichszahlung für die Lohnsummensteuer vor unlöslichen Finanzproblemen.

Ich fordere deshalb für die Städte dieses Landes mit Nachdruck, daß der Spitzenausgleich auch nach 1982 weitergeführt werden muß, und zwar wie bisher außerhalb des Steuerverbundes. Sonst sehen sich die Gemeinden nicht mehr in der Lage, ihre notwendigen sozialstaatlichen Aufgaben zum Wohle der Bürger weiterhin wahrzunehmen. Ich habe gesehen, daß ein entsprechender Initiativantrag eingebracht wird, und ich empfehle ihn Eurer wohlwollenden Beratung.

Die Streichung der ertragsunabhängigen Lohnsummensteuer hat sich als eine schwerwiegende Fehlentscheidung erwiesen. Denjenigen, die jetzt auch noch leichtfertig und unverantwortlich dem Abbau der Gewerbesteuer das Wort reden, rufen die Kommunalpolitiker zu: „Hände weg von der Gewerbesteuer!“ Einen weiteren Eingriff in das System der Gemeindesteuer werden wir sicherlich nicht kampflos hinnehmen.

Die Städte erkennen an, daß auch das Land bei abnehmenden Einnahmen Maßnahmen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes ergreifen muß. Ich warne aber davor, die Haushaltskonsolidierung von Bund und Ländern auf dem Rücken der Gemeinden zu betreiben.

Wir erwarten vom Bund und vom Land, daß zunächst die Leistungsgesetze, die den Kommunen zusätzliche Lasten auferlegen, überprüft werden. Vor al-



Delegierte des Bezirks Niederrhein.

lem erwarten wir eine für die Großstädte gerechtere Verteilung der Landeszuweisungen im Finanzausgleich. Sicherlich, und dies gilt es uneingeschränkt anzuerkennen, hat das Land mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz einen wichtigen Schritt zur Stärkung der kommunalen Finanzhoheit getan. Besonders zu begrüßen sind die Aufhebung der Hebesatzverordnung und die überproportionale Erhöhung der Schlüsselzuweisungen. Gleichwohl sind bei der Reform des Verteilungssystems für die Schlüsselzuweisungen 1981 die großen Städte schlecht weggekommen: die kreisangehörigen Gemeinden haben 1981 insgesamt 200 Mio. DM mehr Schlüsselzuweisungen bekommen als 1980, die kreisfreien Städte nur 70 Mio. DM. Ich will hier keine falschen Fronten schaffen. Ich sage dies nur, weil ich glaube, daß die SPD sich darüber klar sein muß, daß ihre Hauptkraftquellen nach wie vor in den großen Städten lagen und liegen und daß diese Quellen nicht versiegen dürfen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal den Orientierungsrahmen '85 in Erinnerung rufen, der in der politischen Praxis der SPD in der Vergangenheit sicherlich unverdientermaßen etwas in Vergessenheit geraten ist. Dort haben die Sozialdemokraten bereits 1975 festgelegt: „Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Bewältigung der großstädtischen Probleme ist eine erhebliche Verbesserung der Finanzausstattung der Großstädte, die mit einer spürbaren Erweiterung eines eigenen Handlungsspielraumes zu verbinden ist!“

Noch einmal: Wenn ich die Großstädte so hervorhebe, so tue ich das deshalb, weil gerade die Großstädte das Rückgrat für sozialdemokratische Wahlerfolge sind; aus ihnen hat die SPD stets ihre besondere Kraft gezogen. Lange bevor die SPD im Land und im Bund Regierungsverantwortung übernehmen konnte, war sozialdemokratische Kommunalpolitik in den Städten wirksam. Eine erfolgreiche, vom Bürger geschätzte Kommunalpolitik war die Grundlage für das Vertrauen der Wähler, die Grundlage für das Werben um die Übertragung der Verantwortung in Bund und Land. Heute müssen wir leider feststellen, daß mancherorts dieses Vertrauen geschwunden ist, in den großen Dienstleistungszentren, in München, Frankfurt, Stuttgart, zuletzt auch in Berlin, wo wir empfindliche Schlappen hinnehmen mußten.

Hier gilt es, um neues Vertrauen bei den Bürgern zu werben. Dies ist in den Städten in erster Linie Aufgabe der Kommunalpolitiker vor Ort. Dies ist aber auch eine Aufgabe der Landespolitik, die mithelfen muß, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Kommunalpolitik zu schaffen.

Ihr habt für den Parteitag das Motto gewählt „Verantwortung für unser Land“. Verantwortung für unser Land bedeutet aber auch und gerade „Verantwortung für unsere Gemeinden, Verantwortung für unsere Städte“ und in diesem Sinne wünsche ich dem Parteitag von ganzem Herzen eine erfolgreiche Arbeit und Euch einen guten Aufenthalt in Köln.“

Schriftliches Grußwort Günter Schlatter, Vorsitzender des SPD-Bezirks Mittelrhein

„Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen!

Herzlich willkommen im SPD-Bezirk Mittelrhein, dem südlichen Teil des Landes Nordrhein-Westfalen, in dem rund 50.000 Sozialdemokraten zu Hause sind.

Wer in Köln oder in der großräumigen Umgebung geboren und groß geworden ist, weiß, daß es sich hier zu leben lohnt.

Diese Aussage gilt ebenso für das Aachener Revier. Die Attraktivität des mittelrheinischen Bereiches wird auch dadurch deutlich, daß er als einziger in Nordrhein-Westfalen eine positive Wanderungsbilanz hat.

Das heißt: Die Bürger wollen hier wohnen – und sie wollen natürlich auch versorgt sein.

Das bringt neue Aufgaben mit sich: Für die Gemeinde wie auch für die ganze Region. Die ausreichende Versorgung mit Energie auf der einen Seite, der Schutz der Umwelt auf der anderen Seite, sind die großen Themen, die uns besonders beschäftigen. Die Politik „Weg vom Öl“ verdient gerade auch im Rheinland, wo die Braunkohle zu Hause ist, unsere volle Unterstützung. Vorrang für Kohle – ja! Nutzung neuer Energietechnologien und neuer Energienutzungsverfahren – ja! Aber ebenso eindeutig möchten wir, daß unsere Lebensumwelt so geschützt und erhalten bleibt, daß es sich auch weiterhin lohnt, hier zu wohnen und zu arbeiten.

Die Bürger im Rheinland wissen, daß ihre Interessen ohne Unterstützung des Landes und des Bundes nicht gesichert werden können. Das gilt vor allem für die Arbeitsplätze. Die Zahl der Arbeitslosen im Regierungsbezirk

Köln liegt deutlich über den Vergleichszahlen in Nordrhein-Westfalen und im Bund. Es wird großer politischer Anstrengungen bedürfen, um für ein ausreichendes Angebot an neuen Arbeitsplätzen zu sorgen.

Denn wenn es in den Städten und Gemeinden unserer Region um die Interessen der arbeitenden Menschen geht, dann findet man uns Sozialdemokraten entschlossen und geschlossen.

Das gilt für den Mittelrhein – und das gilt für unser Land.

Die Sozialdemokraten in Mittelrhein sind in den letzten Jahren um eine „rheinische Profilierung“ bemüht, was ja mehr ist als Karneval und Klüngel. Es macht Sinn, die rheinische Prägung von Gesellschaft und Kultur in die Arbeit einer politischen Partei einzubeziehen.

Auch damit gewinnen wir ein Stück Bürgernähe.

Dem Parteitag wünsche ich im Namen der mittelrheinischen Sozialdemokraten erfolgreiche Beratungen und gute Beschlüsse.“

Grußwort Dieter Blumenberg, stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Köln

„Liebe Genossinnen und Genossen, in Vertretung unseres Unterbezirksvorsitzenden, des Genossen Rainer Maedge, der sicher in seiner Funktion als Landesgeschäftsführer hier noch sprechen wird, überbringe ich dem Landesparteitag die Grüße des Unterbezirks Köln.

Wir freuen uns, daß erstmalig seit der Gründung der Landesorganisation ein Parteitag in Köln stattfindet. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei hat viele Berührungspunkte zu dieser Stadt. August Bebel wurde in Köln-Deutz, nicht weit von dieser Tagungsstätte, geboren und hat sicherlich die entscheidenden Eindrücke zu seinem politischen Handeln hier erhalten.

Männer wie Wilhelm Sollmann, Hans Böckler, Willi Eichler haben hier das Fundament zu unserer heutigen politischen Arbeit gelegt. Heinz Kühn, Robert Görlinger, Theo Burauen, Hans-Jürgen Wischniewski und John van Nes Ziegler möchte ich stellvertretend nennen für alle die Genossinnen und Genossen, die die SPD zur führenden Kraft in dieser Stadt gemacht haben.

Genossinnen und Genossen, unser Oberbürgermeister hat die Probleme, die wir in einer Großstadt haben, ausführlich dargelegt, so daß ich mich auf das Grußwort beschränken kann.

Der neugewählte Unterbezirksvorstand hat sich vorgenommen, auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen in unserer Stadt an der Weiterentwicklung einer menschenwürdigen Gesellschaft zu arbeiten und die erreichte Lebensqualität für alle Bürger zu sichern und auszubauen.

Durch unsere politische Arbeit wollen wir die rückläufige Zustimmung für die Sozialdemokratie auch in den Großstädten und in den Dienstleistungszentren auffangen und in eine engagierte Zustimmung der Bürger umwandeln. So wollen wir die Wahlen 1984 und 1985 gewinnen und für den demokratischen Sozialismus werben. Leistungen für Köln sind jedoch nur zu erbringen, wenn die Kölner Sozialdemokraten geschlossen und solidarisch handeln.

In diesem Sinne hoffen wir, daß die Beratungen dieses Parteitages deutlich machen, daß wir als Sozialdemokraten in der Lage sind, schwierige Aufgaben dieser Tage zu lösen.

Wir wünschen dem Parteitag erfolgreiche Beratungen und einen guten Verlauf!“

Schriftliches Grußwort der Arbeiterwohlfahrt Landesarbeits- gemeinschaft Nordrhein- Westfalen

„Liebe Genossinnen, liebe Genossen! In der Überzeugung – die wir mit Euch teilen –, daß soziale Probleme weitgehend lösbar sind und soziale Ungleichheiten überwunden werden können, möchten wir dem 6. Ordentlichen Landesparteitag einen guten Verlauf wünschen.

Die Verantwortung für die Mitglieder unserer Organisationen, die tägliche Einsicht in vielfältige ungelöste soziale Probleme drängt uns zur Bitte, bei den Beratungen des Parteitages die, „die am Rande stehen“ nicht zu vergessen. Unsere gesellschaftspolitischen Ziele, die weitere Ausgestaltung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, die Verhinderung der Diskriminierung sozialer, körperlich und seelisch Behinderter sind nur auf den Grundlagen Eurer politischen Entscheidungen zu verwirklichen. Hilfe zur Selbsthilfe, moderne Sozialarbeit oder mitbürgerliche Verantwortung benötigen den politischen und materiellen Rahmen Eurer Beschlüsse.

Die im Mai 1980 erreichte absolute Mehrheit ist in Zeiten geringer werdender finanzieller Möglichkeiten für uns sowohl Anlaß als auch gemeinsame Verpflichtung, politische Entscheidungen für „alle Menschen unseres Landes“ zu erbitten.

Als der Verband der Freien Wohlfahrtspflege, der sich dem demokratischen Sozialismus verpflichtet fühlt und in der langen Tradition der demokrati-

schen Arbeiterbewegung steht, wünschen wir Euch in solidarischer Verbundenheit Mut, Weitblick und Entschlußkraft, damit die von Euch übernommene „Verantwortung für unser Land“ in praktische Politik umsetzbar wird.

In diesem Sinne unsere Hoffnungen, guten Wünsche und ein herzliches Glückauf zum 6. Parteitag.

Arbeiterwohlfahrt
Bezirk Östliches Westfalen
Dr. Eberhard Munzert
Vorsitzender

Erwin Düker
Geschäftsführer

Arbeiterwohlfahrt
Bezirk Westliches Westfalen

Ernst Knäpper
Vorsitzender
Eugen Krautscheid
Geschäftsführer

Arbeiterwohlfahrt Bezirk Niederrhein
Paul Saatkamp
Vorsitzender
Wolfgang Sauermilch
Geschäftsführer

Arbeiterwohlfahrt Bezirk Mittelrhein
Vincenz Moritz
Vorsitzender
Rainer Brückers
Geschäftsführer“

Schriftliches Grußwort der Israelischen Arbeiterpartei, Bezirk Tel Aviv-Jaffo

„Lieber Johannes liebe Freunde, ich bedaure sehr, daß ich der Einladung, mich an Eurem Parteitag zu beteiligen, leider nicht nachkommen kann.

Wie Euch bekannt ist, befinden wir uns in diesen Tagen im Endstadium des Wahlkampfes zur Knesset, der sehr hart ist. Wir setzen alle unsere Kräfte ein, um gute Wahlergebnisse zu erreichen und es dem Arbeiterblock zu ermöglichen, wieder der entscheidende Faktor bei der Regierungsbildung mit dem rechten Likudblock ein für allemal einen Riegel vorzuschieben.

Gerade in diesen schweren Tagen, in denen die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel im Schatten der letzten Ereignisse stehen, wäre es besonders wichtig, unsere Stellungnahme ausführlich dem Parteitag zu unterbreiten, und das im Rahmen der guten und intensiven Partnerschaft zwischen der SPD in Nordrhein-Westfalen und der Arbeiterpartei Bezirk Tel Aviv-Jaffo, welche beide Seiten seit 1974 pflegen und die auf festen Fundamenten begründet ist. Aber leider ist es mir jetzt nicht möglich zu kommen, und ich nehme an, daß Ihr Verständnis dafür habt.

Wir verurteilen aufs Schärfste die ungezügelten Ausbrüche des Ministerpräsidenten Menachem Begin. Diesbezüglich möchte ich eindeutig feststellen, daß die überwältigende Mehr-

heit der Arbeiterbewegung wie auch große Teile der israelischen Bevölkerung im allgemeinen sich eindeutig von der Kollektivverurteilung des deutschen Volkes, wie sie in den Worten von Begin zum Ausdruck gekommen ist, distanzieren.

Dagegen sind wir der Auffassung, daß es eine kollektive Verantwortung der Deutschen gegenüber den Überlebenden des Holocaust gibt.

Wir wissen, daß die SPD im allgemeinen und Du und Deine Genossen in

Nordrhein-Westfalen im besonderen unsere Sache tatkräftig unterstützt habt und immer mit uns solidarisch gewesen seid. Besonders möchten wir Eure Unterstützung der Vermeidung von deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien betonen und Euch nochmals für Eure eindeutige Stellungnahme diesbezüglich danken.

Wir hoffen und sind sicher, daß trotz der augenblicklichen Spannungen die solidarischen Beziehungen zugun-

sten beider Seiten auch weiterhin in verstärktem Maße fortgesetzt und weiter ausgebaut werden.

In diesem Sinne wünsche ich Euch einen guten und erfolgreichen Parteitag.

Mit freundlichen Grüßen

Eliahu Speiser, Vorsitzender der Israelischen Arbeiterpartei Bezirk Tel Aviv-Jaffo."

Im weiteren Verlauf des Landesparteitages galt ein herzlicher Gruß des Präsidiums der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, den Vertretern des Diplomatischen Corps und dem neugewählten Bundesvorsitzenden der GdP, Günter Schröder.

Im Rahmen der Zusammenfassung der Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 4. und 5. richtete Johannes Rau herzliche Willkommensgrüße an Anke Brunn.



Gäste des Parteitages.